

Er scheint an jedem Freitag...  
Bekanntmachung...  
Besondere...  
Zur Auf...  
er Lurus...  
Berte von...  
ten, wegen...  
eingefallen...  
eter, weil...  
che, welche...  
nach dem...  
Zentnern...  
russischen...  
che sich bei...  
and gegen...  
Nahrungs...  
n. — Statt...  
en wurden...  
1040  
opp.  
Uhr ver...  
Nagold.  
ifer, Nagold.  
es  
n.  
ld.

# Der Gefellschafter

**Nr. 272** **Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**  
**Nagolder Tagblatt**  
Dienstag den 20. November 1923  
97. Jahrgang

Bestellungspreis im  
Oberamtsbezirk — An-  
zeigen und daher von  
beidem G.folgt.  
Telegraphische Adressen:  
Gefellschafter Nagold,  
Bollschloß Nagold,  
Stützpunkt 5113.

Nr. 272

## Tagespiegel

Der Reichstagsausschuß für Auswärtiges hat am Montag in einer vorläufigen Besprechung der neuesten Drohungen Bolshewicks zugehört.  
Die Parteien haben beraten, welche Stellung sie in der Reichstagsdramatik am Dienstag zur Regierung einnehmen werden. Die Sozialdemokraten stellen gewisse Forderungen, von deren Erfüllung oder Ablehnung es abhängen wird, ob sie einen Mißtrauensantrag einbringen oder bei dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen sich der Stimme enthalten werden.  
Der französische und belgische Botschafter haben nach dem Pariser „Le Temps“ die Zwangsenteignung in Sachsen und Bayern gefordert. Der Reichsanwalt habe ausweichend geantwortet.

## Die Einführung der Rentenmark

Die Rentenmark, die schon dreimal den Namen wechseln mußte, ist jetzt endlich dem Verleher übergeben worden. Somit ist der Anfang gemacht, ein neues, sogenanntes wertbeständiges Zahlungsmittel des Reichs der Wirtschaft zu übergeben. In den nächsten Tagen sollen auch größere Beiträge zur Einlösung von Papiermark gegen Rentenmark bereitstehen. Der Bedarf der Wirtschaft nach Krediten in Rentenmark muß möglichst bald befriedigt werden. Die Gewährung dieser Kredite ist an die Vermittlung der Reichsbank und der Privatnotenbanken gebunden.

Mit Recht wurde von dem Vorstand der Rentenbank darauf hingewiesen, daß das neue Zahlungsmittel von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen sein müsse, und daß die Reichsregierung mit allen Mitteln die Gründe zu bekämpfen habe, die, abgesehen von der auswärtigen Politik, der Ausgleichung des Reichshaushalts entgegenarbeiten. Denn hiermit steht und fällt das Vertrauen zu dieser „Zwischenlösung“ der Rentenbank. Die Rentenbank hat nämlich dem Reich zunächst einen unverzinsten Kredit von 300 Millionen Rentenmark zur Verfügung zu stellen und weiter einen verzinsten Kredit von 900 Millionen, zusammen also 1,2 Milliarden Rentenmark. Sobald dieser Kredit in einigen Monaten aufgebraucht ist, muß der Staatshaushalt ausgeglichen sein, oder es müßte ein neuer Kredit von der Rentenbank gegeben werden, was nur wieder mit einer weiteren Belastung des Volkes möglich wäre, und dies würde natürlich sofort die Bewertung der Rentenmark herabdrücken.

Die Kernfragen sind heute: in welchem Verhältnis steht die Papiermark zur Rentenmark, wird die Rentenmark vollständig eintreten, und wie stellt sich das Ausland zur Rentenmark? Nach lebhaften Verhandlungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Wirtschaftskreise, den amtlichen Stellen und der Deutschen Rentenbank hat man sich dahin geeinigt, vorläufig ein Umtauschverhältnis von 600 Milliarden Papiermark gegen 1 Rentenmark und 1 Mark Goldanleihe festzusetzen. Dieses Umtauschverhältnis soll nur vorläufig sein. Die von Berlin bis jetzt eingegangenen Meldungen lassen nicht klar erkennen, ob damit auch die Frage des Umtauschverhältnisses der Papiermark in die neu zu schaffende Goldanleihe als vorläufig gelöst zu betrachten ist. Wäre dies der Fall, so hätte man sich also dahin entschieden, noch nicht ein endgültiges Verhältnis festzusetzen, sondern noch die weitere Entwicklung auf dem Valutamarkt abzuwarten. Wahrscheinlich kennt man im Augenblick noch nicht genau die Höhe der umlaufenden Noten. Nimmt man die neuerdings gemeldete Zahl von 300 Trillionen Papiermark, die Mitte November im Umlauf sein sollten, als zuverlässig an, so ergäbe sich ungefähr ein Umtauschkurs von 1 Rentenmark gegen 1 Billion Papiergeld, da für den Umtausch 300 Millionen Goldanleihe zur Verfügung stehen. Dabei sind die in dem Verkehr verloren gegangenen Papiermarkbeträge unberücksichtigt gelassen und vorausgesetzt, daß der Kurs der Goldanleihe etwa auf Nennwert stehen bleibt, was, nebenbei bemerkt, bei der jetzigen Goldanleihe im Handel gegen Devisen längst nicht mehr der Fall ist. Die Festsetzung des richtigen Umtauschkurses der Papiermark in die Rentenmark bezog. in die Goldanleihe, sowohl des vorläufigen wie des endgültigen, ist für die Bewertung der Rentenmark ebenfalls von ausschlaggebender Bedeutung.

Außerst wichtig ist auch die Frage, wie sich das Ausland zu der Rentenmark stellt. Ist eines Tages die Papiermark in ein festes Wertverhältnis zu der Goldanleihe gebracht, so muß sich das Auf und Ab der deutschen Zahlungsbilanz und die Wirkung politischer Einflüsse in der Bewertung eines anderen deutschen Geldes auswirken. Hier läßt sich nach dem augenblicklichen Stand der Dinge an erster Stelle die Rentenmark in Frage, wenn sie die ihr zugesprochenen Aufgaben erfüllen kann. Zum Schutz der Rentenmark vor Goldanleihe und des wertbeständigen Notgelds ist eine besondere Verordnung über die Ausdehnung der Devisenbeschränkung auf diese Zahlungsmittel erlassen worden. Danach unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Not-

geld, ferner die Beleihung ausländischer Geldsorten mit diesen Zahlungsmitteln, ebenso die Gewährung von Krediten auf dieser Basis den gleichen Beschränkungen wie der Erwerb gegen Reichsmark. Das Marktoertauschverhältnis wird ebenfalls auf diese Zahlungsmittel ausgedehnt. Vorbildung für die erwartete Wirkung dieser Verordnung ist eine den wirklichen Verhältnissen auf dem Valutamarkt entsprechende Devisenpolitik.

Die Ausgabe der Rentenmark kann für die deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik von Bedeutung werden. Voraussetzung dafür jedoch ist eine Besserung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands, Gesundung des Staatshaushalts, vernünftige Devisenpolitik, höchste Stellung der Wirtschaft auf Grund gesunder Kulturallianzmethoden und Arbeitssteigerung, damit das Vertrauen zu uns selbst wiederkehrt und damit zugleich die Kreditwürdigkeit im Ausland.

Werden diese Vorbildungen nicht erfüllt, so ist es fraglich, ob diese „Zwischenlösung“ nicht Enttäuschungen bringt, die ihre augenblicklichen Segnungen in den Schatten stellen.

## Ein Schildbürgerstreich

Unter vorstehender Ueberschrift schreibt uns unser hiesiger Bekannter er-Mitarbeiter, der mit den einschlägigen Verhältnissen wohlvertraut ist, folgendes:

Die Rentenmark ist da. Aber man sieht sie nicht. Man hat sie nicht und kriegt sie nicht. Der Finanzminister ließ zwar durch sein Presseamt auskünden, daß er die Rentenbank zum 15. November beauftragt habe, die Ausgabe der Rentenbanknoten in Gang zu bringen. Das sah so aus, als seien es nur trübe Gerüchte gewesen, die von einem Zwist zwischen Reichsfinanzministerium, Rentenbank, Reichsbank und Währungsamt herrührten. Aber es geschah folgendes: Die Rentenbank kam nicht ins Publikum. Als der Rentenbank wurde nicht etwa Papiermark aufgelegt, womit jede vernünftige Sanierungsmaßnahme zu beginnen hätte, sondern nur das Reich erhielt einen Teil des ihm nach dem Rentenbankgesetz zustehenden verzinsten Kredits von 900 Millionen. Es sollen ungefähr 80 Millionen Rentenmark gewiesen sein. Die hatte das Reich unter die Leute zu bringen. Das Reich hat aber keine Aufgabe darin aufgesetzt, daß es damit seine Beamten und Angestellten entlohnen solle. Da aber 80 Millionen für die Vorkasse des 15. und 16. November eine verhältnismäßig viel zu geringe Summe darstellen, erhielten die Beamten und Angestellten ihre Gehälter nur zu 30 Prozent in Rentenmark auszubehalten, das übrige in Papiermark. Was war die Folge? Die Vorkassener gingen in ihren Hunger nach Verdienstfähigkeit, in ihrer Freude, endlich einmal wieder etwas in der Hand zu haben, was nicht von selber schmilzt, bedachten sofort, wie lässlich geworden, alle aufgelaufenen Bedürfnisse mit der Papiermark und gaben die Rentenmark nicht weiter.

Die Rentenmark kommt also nicht ins Rollen. Sie wird gehamstert genau wie die Stücke der Goldanleihe, nicht nur wegen des „Seltenheitswertes“, sondern weil man nicht weiß, was sie im Verhältnis zur Papiermark wert ist. Als die Kassen auszugehen begannen, fingen sie 300 Milliarden Papiermark gleich 1 Rentenmark. Inzwischen stieg der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr auf 600 Milliarden und er steigt ohne Zweifel weiter. In ihrer Verzweiflung bestimmte die Regierung, daß der neue Kurs bei der Festsetzung der Rückzahlungen berücksichtigt werden müsse. Damit machte sie die Rentenmark in den Händen der Beamten aber erst recht zu einer Hamsterware, zu einer Devise, mit der sich prächtig spekulieren läßt.

Es stellt sich also als ein Fluch heraus, daß man nicht mit dem Einlösungskurs für die Rentenmark begonnen hat. Wie will man das nachholen? Die Notepresse muß jetzt nach dem Gesetz stillgelegt werden. Sie darf nur noch jodeln drucken, als den an die Reichsbank gegebenen Schatzwechseln entspricht, deren Gegenwert das Reich in Form von Noten noch nicht empfangen hat. Aber kein Mensch weiß, wieviel Trillionen das Reich noch in den letzten Tagen vor Vorlauf der Rentenbank distanzieren hat. Die Aufkündigung der Ruhrhilfe hat in einem wahren Abgrund bilden lassen. Die welterrasende Lawine der Geldentwertung und die irrünftig Kletternden Preise nehmen einen Umtauschkurs vorweg, bei dem die alte Papiermark auf 0,0 steht.

Warum verschweigt das die Regierung? Will sie sich erst nächste Woche dem Reichstag offenbaren? Oder will sie den Reichstag auslösen? Will sie zurücktreten und das Geheimnis mit ins Grab nehmen? Das Geheimnis, wie sie sich die Einlösung der Papiermark gedacht hat. Nach dem Rentenbankgesetz stehen dem Reich zu diesem Zweck 300 Millionen Rentenmark zinslos zu. Aber es fehlt bis jetzt jeder Uebersicht und jede Einsehung.

Die erste Ausgabe der Rentenmark war kein Meistertück, sondern ein handlichsamer Schildbürgerstreich. Diesen drei haben die beteiligten Köpfe verbrochen. Will man es nicht endlich mit einem Währungsdektator versuchen?

## Die Entlassung Zeigners

Die schweren Vergehen Zeigners bestehen u. a. darin, daß er nach dem genannten Blat seine Stellung als Vorstand des lösslichen Justizministeriums dazu mißbraucht hat, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung diese Strafen zu erlassen, und zwar gegen das und gegen Gesetze. Er hat sich also die Begnadigung abkaufen lassen. Als Zeigner der „Gefellschafter“ hat er alle Arten von Gegenständen des täglichen Bedarfs, Mehl, Kartoffeln, Butter, Obst und andere Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände, Schmuckstücke und Papiergeld, entgegengenommen. Wie eilig er es mit dieser Art von Begnadigungen hatte, beweist die Tatsache, daß in Dringlichkeitsfällen sogar entsprechende telegraphische Anweisungen an die Staatsanwaltschaft zur Freilassung der Begnadigten erteilt wurden.

Das Honorar für diese „justizministerielle Tätigkeit“ hat dieser sonderbare Hüter des Rechts teils in seiner Wohnung auf dem Weißen Hirsch, teils im Gasthaus, ja sogar auf der Straße in Leipzig entgegengenommen. Fuhr er von Leipzig nach Dresden zurück, so hatte er die „Abgabepflichten“ vor dem Abgang seines Zugs nach dem Bahnhof gestellt. In dem Gasthaus Goldene Kugel beim Hauptbahnhof wartete der biedere Landmann, der wegen Getreidewuchers bestraft worden war, mit der Weihnachtsgans, bis er herausgerufen und nach dem nahe gelegenen Wälschplatz geführt wurde. Dort stand erwartungsvoll der Justizminister, beiseite mit einem Radmantel, nahm mit Schwung die Weihnachtsgans entgegen und ließ sie unter dem Radmantel verschwinden, um nach Erledigung dieses Gefälligkeitsdienstes seine Dienstreise nach Dresden fortzusetzen. Zur Entgegennahme der kleineren Haushaltsbedürfnisse, wie Butter und Eier, war die Gattin dieses seltsamen Justizministers beauftragt. Mehl wurde bei einer nahen Verwandten in Leipzig abgeladen. Noch heute schmückt die Gattin dieses Fürsprechers der Armen und Entertenten eine Brillantkette, die gleichzeitig mit einem an das Justizministerium abgesetzigten Gnadengesuch in der Privatwohnung des Ministers auf den Schreibtisch niedergelegt wurde. Zeigner selbst schmückt ein kostbarer Pelz, der ihm gleichfalls aus denselben Gründen „vererbt“ worden ist.

Nach dem Amtsvergehen Zeigners stehen 5 Jahre Zuchthaus als Strafe.

## Die französische Sabotage

**Einmalige Mitteilung.**  
Nach Einstellung des passiven Widerstands setzte die Reichsregierung alles daran, das durch die neunmonatige Abschüttelung zum Erliegen gekommene Wirtschaftsleben des Rhein- und Ruhrgebiets wieder anzublasen. Aber die Wirtschaft stutzte und versiegt, wenn der Verkehr nicht gleichen Schritt mit der Industrie geht. In Düsseldorf wurden Verhandlungen mit den französischen militärischen Stellen geführt, um einen Anschluß zwischen den Eisenbahnen des westlichen und denen des besetzten Deutschlands anzubahnen.

Die Zahl der heute in dem besetzten und dem Einbruchgebiet befindlichen Lokomotiven beträgt etwa 4000 Stück. Ueber 700 wurden vor dem Einbruch aus den gefährdeten Gebieten herausgezogen. Der Fehlbetrag gegenüber dem Lokomotivbestand vom 11. Januar beläuft sich mithin auf rund 15 Prozent. Man würde sich täuschen, wenn man annehmen wollte, daß die französische Verwaltung mit den ihr zur Verfügung stehenden Lokomotiven einen Betrieb durchzuführen in der Lage wäre, dessen Umfang um 15 bis 20 Prozent geringer wäre als der in früherer Zeit. Die vorhandenen Lokomotiven befinden sich überdies verstreut in einem so heruntergewirtschafteten Zustand, ebenso wie die Bahnanlagen und Stellwerke, die beräubt oder aus Unfällen oder Unkenntnis zerstört worden sind, daß heute die Aufrechterhaltung auch des dekadentesten Verkehrs kaum mehr möglich ist. In dieser Erkenntnis stellen denn auch die französischen Eisenbahnmänner in Mainz Forderungen, die weit über die wenige Tage vorher mit den militärischen Stellen in Düsseldorf getroffenen Vereinbarungen hinausgehen. Die Mainzer Forderungen laufen auf völlige Wiederherstellung des Netzes einschließlich der Fahrzeuge und Vorratstlager hinaus. Die Kosten für die Reparaturen, die das französische Vorgehen verursacht, soll Deutschland tragen. Deutsches Personal steht der französischen Eisenbahnverwaltung reichlich zur Verfügung, so daß ein regulärer Betrieb in kürzester Zeit möglich wäre. Die französische Politik verhindert, daß Deutschland seine Eisenbahnen übernimmt und mit seinem deutschen Personal in Ordnung bringt. Wenn man sich die Mainzer Forderungen vor Augen hält und daneben noch daran erinnert, daß auch die Verhandlungen über das Kohlenabkommen durch die Gegenseite zum Scheitern gebracht wurden, so drängt sich die Ueberzeugung auf, daß die Franzosen an einem raschen Wiederaufleben der Wirtschaft kein Interesse haben. Sie versuchen lediglich, ihr Verlangen im Wiederaufbau des Verkehrs auf andere abzuschließen.

## Stresemann über die Lage

Vertrauensklärung für Stresemann

Berlin, 19. Nov. In der Versammlung des Hauptvorstandes der Deutschen Volkspartei am Sonntag hielt Reichskanzler Dr. Stresemann eine Rede. Die gegenwärtige Zeit, führte er aus, trage alle Merkmale einer stürmischen Uebergangszeit. Rhein und Ruhr können nicht mehr unterdrückt werden. Das besetzte Gebiet brauche für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Der Reichskredit von 900 Millionen würde bald erschöpft sein und damit wäre alles verloren, was die Regierung mit den Rentenmark erreichen wollte. Mit dem gewährten Kredit müsse die Regierung unbedingt auskommen. Die im Einverständnis mit der Regierung geführten Verhandlungen der Industriellen seien gescheitert, weil Frankreich die Kohlenlieferungen nicht an den Entschädigungsverpflichtungen Deutschlands abschreiben wollte. Es konnte darin nur der französische Versuch liegen, Deutschland dazu zu bringen, den Kohlenbruch als berechtigt anzuerkennen und die Kosten der Befehung zu übernehmen. Die zehntägige Arbeitszeit habe überhaupt keine Rolle gespielt. In Sachsen und Thüringen habe die Politik der Regierung zu Enttäuschungen geführt. So sei in Deutschland gefährlich, die Vereinheitlichung zu überspannen. Bayern sei berechtigt gewesen, zu versuchen, die alten Rechte wieder zu erlangen, aber es dürfe dabei der verfassungsmäßige Weg nicht verlassen werden. Die einzelnen Teile der Reichswehr müssen unbedingt unter einer Hauptleitung zusammengestellt sein. Man rufe nach „Laten“. In München seien „Latenmenschen“ am Werk gewesen. Was gegen sie zu tun sei, müsse Sache des Reichsanwalts sein. Man behaupte, die Parteien seien tot und die Regierung müsse sich auf die nationalen Kräfte des Landes stützen. Eine solche Diktatur, ausgeübt von gewissen Führern des Wirtschaftslebens und den nationalen Verbänden, wäre die abhängigste Regierung. Die Landwirtschaft habe unter allen Umständen die Pflicht und Schuldigkeit, für die Ernährung des Volkes zu sorgen. Der Landbund gebe ein gutes Beispiel, wenn er dies von der Zusammensetzung der Regierung abhängig mache.

Eine parlamentarische Mehrheit sei im Reichstag von vornherein durch keine Berechnung zu erzielen. Das Kabinett müsse die Mehrheit suchen. Wenn es sie nicht finde, stehe die Frage offen, ob der Reichstag aufgelöst oder eine Diktatur kommen soll, die sich auf die wirtschaftlichen Verbände stützt. Davor warnt der Reichskanzler. Er könne sein Amt nur weiterführen, wenn ihm von der eigenen Partei keine Schwierigkeiten gemacht werden. Bei einer Diktatur würde die außenpolitische Mehrbelastung nicht getragen werden können. Die Fortsetzung der militärischen Ueberwachung habe die Regierung ablehnen müssen; sie werde auch, trotz Sanktionsdrohungen, die vorwiegend geforderte Ausweisung des Kronprinzen ablehnen.

Die Verhandlungen über ausländische Darlehen können nur erfolgreich sein, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freihalte. Die Regierung werde die Voraussetzungen für Mehrleistung und Mehrarbeit schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit, ungefähr im Sinn des Arbeitszeitgesetzes, Abbau der Beamtenschaft usw. werden zeigen, daß die Regierung tätig ist.

Der Hauptvorstand sprach mit 206 gegen 11 Stimmen Stresemann das Vertrauen aus.

Die Forderung des Vorstehenden der Reichstagsfraktion, daß wieder ein rein bürgerliches Kabinett aus Ruher komme, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

## Neue Nachrichten

### Das Reichswehr

Berlin, 19. Nov. Im Pariser Vorkriegsgericht hat Marschall Foch behauptet, die deutsche Reichswehr sei stärker als der Vertrag von Versailles erlaube. Munition und Kriegsmaterial sei in den letzten Monaten in verstärktem Maß hergestellt worden, auch in Rußland werde solches für Deutschland hergestellt.

Dazu wird durch M.T. amtlich festgestellt, daß die Reichswehr nicht einmal die im Vertrag vorgesehene Stärke von 100 000 Mann erreicht und die Schutzpolizei einschließlich der Hülfsbeamten nur 150 000 Mann stark ist. Die vorhandene Munition reicht nur für den dringendsten Bedarf aus. Daß die Reichsregierung demüht ist, ungeklärte Verbände militärischer Art zu beseitigen, hat sie wiederholt bemerkt. Im übrigen ist es der französischen Politik zuzuschreiben, wenn sich solche Verbände bilden; Frankreich mag es durch seinen unaufhörlichen Druck jeder deutschen Regierung unmöglich, die Lebensinteressen des Volkes wirksam zu wahren.

### Senkung der Goldgrundpreise

Berlin, 19. Nov. In Berlin werden Maßnahmen erwogen, um eine Senkung der Goldgrundpreise entsprechend der fortschreitenden Dollarkursanpassung an den Weltmarkt herbeizuführen. Das Polizeipräsidium hat eine genaue Liste von allen Gegenständen des täglichen Bedarfs aufgestellt, bei denen der Goldgrundpreis gesenkt werden soll. Als Grundlage hat man dabei die Goldgrundpreise genommen, die vor 3-4 Wochen, also vor Einrichtung des Zwangskurses bestanden haben.

Gegenüber der Vorkriegszeit wird nur eine solche Bereuerung als berechtigt anerkannt, die der allgemeinen Heraushebung aller Weltmarktpreise ungefähr entspricht.

### Kommunistischer Kurierdienst in Berlin.

Berlin, 19. Nov. Die politische Polizei entdeckte in einer kleinen Gastwirtschaft in Berlin die Hauptstelle des vor kurzem gegründeten Kurierdienstes der Kommunistischen Partei. Die Polizei konnte den Vorstand und 13 Kurierer verhaften, an die im Augenblick das Material verteilt wurde. Unter der Menge beschlagnahmter Schriftstücke sind besonders bemerkenswert die Anweisung der Kurierstelle über den parteipolitischen Nachrichtenverkehr und der Bearbeitung der Reichswehr- und Polizeimanuskripten. Im Gepäck der Kurierer fand die Polizei über 70 Millionen Papiermark und mehrere hundert Dollar und Dollarschlaganweisungen, sowie Aufstellungen über die sehr erheblichen

## An unsere Postleser!

Die anhaltende sprunghafte Steigerung aller Herstellungskosten nötigt uns zu unseren Bedauern, für die zweite Novemberhälfte bei unseren Postlesern, für die der ursprüngliche November-Bezugspreis schon in den ersten Tagen des Oktober hatte festgesetzt werden müssen, einen zweiten Nachtrag zum Bezugspreis zu erheben. Unseren Postlesern geht aus diesem Grunde in diesen Tagen eine Nachnahmeanforderung im Betrage von 1 Goldmark für die zweite Hälfte des Monats November zu. Wir bitten unsere Postbezieher, unter Würdigung der geschilderten Umstände die genannte Summe die die Post mittels eines für das Zeitungsinhaltsbesonders eingerichteten Nachschubverfahrens einlegt, in den nächsten Tagen bereit zu halten. Die Postabonnenten sind zur Einlösung verpflichtet und haben bei Zurückweisung der Rechnung mit sofortiger Einstellung der Weiterlieferung zu rechnen.

### Verlag „Der Gesellschafter“.

Kosten des Kurierdienstes. — In einem anderen Haus wurde ein bedeutendes Wasserlager gefunden.

Die Druckerei der „Roten Fahne“ ist neuerdings wieder versiegelt worden.

### Zum Beamtenabbau in Bayern

Berlin, 19. Nov. Im Reichstag erklärte der bayerische Bevollmächtigte v. Preger, die bayerische Regierung sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die außerordentliche Reichsordnung über den Beamtenabbau für die Bundesstaaten nicht bindend sei. Die bayerische Regierung behalte sich vor, die Personalverminderung nach den Bedürfnissen Bayerns durchzuführen.

### Befehung des Hamburger Hafens?

Rom, 19. Nov. Der „Corriere d'Italia“ berichtet, Frankreich habe bei den Verbündeten förmlich beantragt, den Hafen von Hamburg als Sanktion zu befehen. — Von Paris aus ist dieser Plan schon vor einigen Monaten auf Tapet gebracht worden.

### Strafverfahren gegen Zeigner

Dresden, 19. Nov. Die Mandatsniederlegung des bisherigen Ministerpräsidenten Zeigner, der vom Ministerium Felling zum Landgerichtsdirektor in Dresden ernannt worden ist, hängt nach den A.N. nicht mit seinem Ausplaudern von Parteigehheimnissen zusammen, es ist vielmehr gegen ihn von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen schwerer Amtsvergehen eingeleitet worden. Zeigner wollte „zur Erholung“ reisen in die Schweiz abreisen.

### Die Auffüllung der sächsischen Landespolizei

Dresden, 19. Nov. In der sächsischen Landespolizei sind 1500 Stellen unbesetzt. Der Befehlshaber des Wehkreises hat angeordnet, daß vor dem Abrücken der Reichswehr eine Hilfspolizei in dieser Stärke gebildet werde, daß dabei aber keinesfalls politische und Parteigesichtspunkte mitzuspielen dürfen.

### Vertrauensabrede für Lubendorff

München, 19. Nov. Die Versammlung des Nationalverbands Deutscher Offiziere sprach einstimmig dem General Lubendorff das Vertrauen aus.

### Erweiterte Selbstverwaltung für das Rheinland?

Berlin, 19. Nov. Wie die Blätter melden, soll auf Grund der Besprechungen der Vertreter der besetzten Gebiete mit dem Reichskabinett und den deutschen Ministerpräsidenten in Berlin in den besetzten Reichsteilen ein Zweckerbau errichtet werden, der von sich aus auf der Grundlage der erweiterten Selbstverwaltung alle notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen während der Zeit der Befehung treffen kann.

### Fristerlängerung für die Jecheneröffnung

Düsseldorf, 19. Nov. Der „Tempo“ meldet, General Dequante habe die Frist für die Wiedereröffnung der geschloffenen Ruhrbetriebe bis 30. November verlängert. Arbeiter aus dem unbesetzten Deutschland dürfen abgeschoben werden; die Entlassung von Arbeitern, die aus dem besetzten Gebiet stammen, wird dagegen mit 5 Jahren Gefängnis und Geldstrafe bis zu 100 000 Goldmark bestraft.

### Die Verbandsstrafe

Paris, 19. Nov. Die Blätter schreiben, es sei nicht zu verkennen, daß die heutige Sitzung des Vorkriegsgerichts für das Bestehen des Verbands stehend sei. Nach der Stimmung in Frankreich wünsch man eher, es zum Bruch kommen zu lassen. Das sei auch aus der Rede Poincarés in Neuilly herauszuföhlen.

Der englische Vorkriegsminister Lord Crewe wiederholte im Vorkriegsgericht, daß England in der Frage der Kronprinzenreise und Militärbewachung sich der französischen Sanktionsforderung nicht anschließen werde.

### Zunehmende Verstimmung in England gegen Frankreich?

London, 19. Nov. Berichterstatter wollen wissen, daß zwischen London und Paris eine gereizte Stimmung bestehe, die bei weiterem Beharren Poincarés auf seiner Politik den Verband (wieder einmal, D. Schr.) ernstlich gefährden könne, doch glaube man, daß bei der Besprechung des Vorkriegsgerichts am Montag wieder eine Verständigung gefunden werde.

### Scharfe Rede Poincarés

Paris, 19. Nov. Bei der Weihe eines Siegesmals in Neuilly sagte Poincaré, Frankreich bleibe nichts übrig, als zum Vertrag von Versailles zurückzukehren. Durch die Wände sei es in der Lage, Deutschland bis zur letzten Zahlung zu zwingen. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß die

Verbündeten einsehen werden, daß dies das richtige sei. Deutschland habe die Ueberwachungskommission eingehend und rüste im Geheimen, es lasse den Kronprinzen heimkehren, der als erster auf der Liste der Kriegsschuldigen stehe. Das bedeute eine verwegene Herausforderung der Verbündeten durch Deutschland, eine schamlose Verletzung des Vertrags und einen frechen Anschlag auf den Frieden. Dagegen müssen Strafmaßnahmen ergriffen werden. Den Toten Frankreichs müsse Gerechtigkeit zuteil werden.

### Italien befürchtet Verwicklungen

Rom, 19. Nov. Die halbamtliche Agenzia Volta teilt mit, die italienische Regierung werde im Vorkriegsgericht gegen etwaige Sanktionsforderungen Frankreichs sich wenden. Es sei zu befürchten, daß Verwicklungen entstehen könnten, die der Lösung der Entschädigungsfrage abträglich wären.

### Cloyd George gegen Poincaré und Baldwin

London, 19. Nov. In einer Rede in Northampton sagte Cloyd George, die Regierung Baldwin treibe das Land ins Verderben. Die Arbeitslosigkeit in England rühre von der Verarmung der früheren Abnehmer und der Kunden der Abnehmer her. England verlaufe für 60 Millionen Pfund Sterling weniger an Europa als vor dem Krieg. Europa hungere. Wenn es etwas kaufen könnte, würde es vor allem Lebensmittel aus Amerika kaufen, aber nicht Schuhe und Kleider aus England. Auch an Australien, Neuseeland, Südwestafrika, China und Indien verkaufe England für wahrscheinlich 60 Millionen Pfund weniger, denn diese Länder pflegten ihre Schiffsladungen nach Deutschland, Österreich und Rußland zu verkaufen. Und mit dem Geld, das sie von dort erhielten, kauften sie in England. Rotwendigkeit für England sei nicht der Schutz gegen die französischen Subsidien, sondern gegen die französischen Kriegsgelüste. Es sei beklagenswert, daß mit dem britischen Handel wegen politischer und persönlicher Ränke gespielt werde. Der englische Kredit werde zerstört und der Handel verfallend. Poincaré, der dem armen Entente-Kind ein wünschenswertes Bad von Schwefelsäure gebe, um es heiler und fröhlich zu erhalten, habe am 16. November eine Rede gehalten, die die Entente zu beenden drohe. Auch die frühere Regierung habe mit Poincaré zu tun gehabt. Aber er glaube, sie dürfte sich zu einer Regierung durchgearbeitet haben. England habe die Verbündeten zusammengeschaltet, bis die Apostel der Unruhe kamen und dann die Lane beklagenswerter wurde. Jetzt sei die Gelegenheit für eine Regelung verloren oder verdorben. Mit Amerika zusammen auf Grund dessen Angebots hätte England die Möglichkeit gehabt, den Frieden in Europa zu machen, aber die Regierung habe die Sache verdorben und schließlich aufgegeben. Solange diese Leute am Ruder seien, habe England im Rat Europas keine Bedeutung mehr.

### Auswahlung des Parlaments in Spanien

Madrid, 19. Nov. Die Präsidenten des Senats und des Abgeordnetenhauses übergaben dem König einen gemeinsamen Bericht, der die verfassungsmäßige Einberufung des Parlaments fordert. Das Militärdirektorium setzte darauf beide Präsidenten ab; ihre Tätigkeit sei vollständig überflüssig und das Parlament werde nicht mehr einberufen, bis die politischen Sitten wieder gereinigt seien. Das Direktorium behält sich das Recht vor, die beiden Parlamentsgebäude zu beschlagnahmen und sie für nützlichere Zwecke zur Verfügung zu stellen. — Das Direktorium wird zu dem Schritt aus dem ganzen Land beglückwünscht, da der Parlamentarismus längst das Vertrauen des Volkes verloren habe.

Admiral Marques ist während der Reise des Königs und des Generals Primo de Rivera nach Italien zum stellvertretenden Präsidenten des Direktoriums ernannt worden.

### Alkoholkampfschiffe in Amerika

Washington, 19. Nov. Die Regierung verlangt vom Kongress 10 Millionen Dollar zur Beschaffung von 20 Küstenschiffen, 200 Motorboote und 100 kleineren Schiffen zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels.

## Württemberg

Stuttgart, 19. Nov. Herzogliche Gabe. Auf Ansuchen des Bischofs von Rottenburg hat Herzog Albrecht von Württemberg 100 Vier- und ungetriebenen Wein für die Zwecke des Metropolitans in bedürftigen Kirchengemeinden aus dem herzoglich-rentamtierten Keller zur Verfügung gestellt. Der Bischof hat die wertvolle Gabe den kath. Gemeinden in Groß-Stuttgart zugewiesen.

Stuttgart, 19. Nov. Der Co. Kirchengesangverein wählte an Stelle des kürzlich verstorbenen Dekan Werner-Besigheim den Musikdirektor Wilh. Tübingen zum ersten, und Stadtpfarrer Lang-Casow zum zweiten Vorstehenden.

Der Brotpreis beträgt ab 20. November in Stuttgart für Markenbrot 220 (una.), für 75prozentiges 330, für Weißbrot 420 Millionen das Kilogramm.

Kartoffelzufuhr. In der Woche vom 4. bis 10. November ds. Ja. wurden im Bahnverkehr rund 85 000 Zentner Kartoffeln nach Württemberg eingeführt, wovon rund 37 000 Zentner nach Stuttgart, 48 000 Zentner nach anderen Bedarfsgemeinden des Landes gingen. Aus württemb. Erzeugergebieten kamen rund 20 000 Zentner Kartoffeln. In der Zeit vom 15. September bis 10. November ds. Ja. wurden im ganzen im Bahnverkehr rund 497 000 Zentner gleich 1742 Wägen nach Württemberg eingeführt, von denen rund 261 000 Zentner gleich 968 Wägen nach Stuttgart gingen; außerdem aus dem württembergischen Erzeugergebiete und 173 000 Zentner gleich 688 Wägen. Die gesamte Kartoffelzufuhr nach Stuttgart betrug hiernach, ungeachtet den Fahrwerksverkehr, rund 434 000 Zentner gleich 1606 Wägen. Weitere Zufuhren sind unterwegs.

Kleinrentnerfürsorge. Den Fürsorgeberechtigten wird zu der ihnen auf Grund der Reichsrechtzähl für die Lebenshaltungskosten vom 8. ds. Mts. für die zweite Novemberhälfte ausbezahlten Unterstützung, die sich in ihrem allgemeinen

555/556 betrag a. nachzahlung l. 555/556 betrag d. millionen schlaße. Milliarden M. Heilbronn, Die über den wurde aufgeben nationalisten l. Heilbronn, In den hiesigen lich unbedelbe gekestrand u. nommen und son ist nach Heilbronn, 250 Erwerbsofen, ist die Fir hätten in der meinde gibt de Gögplingen, am Sonntag, alle, was nicht auf, in der sein, aber nach lands an des richterleistung. Leutlich, 1. Schloß Zell, gerichtliches W. Tri erschlagen Winder ist lili. Zählgen, chentallsfurt. Nach der Beer. Mm, 19. 2. für Rempte fischen Zug e. springen, gerie. Biberach a. der Nacht zu (firma Ferd. 400 Billionen auf den Schu. hansen, der a. legte. Der eigi. falls erwicht; trug eine schwa. in einem Ver. gaffe gesunder sollte nach am. Hepler verlauf.

55

Richtigste sei... in lahngelagerten... verbleibenden siehe... Ordnung... in diese Ver... Anschlag... hnehmen... se Verschlag...

Höchstbetrag auf rund 1478 Milliarden Mark berechnet, eine Nachzahlung im 2/3fachen Betrag gewährt. Der allgemeine Höchstbetrag der Nachzahlung berechnet sich sonach ohne Ermäßigungsanfträge auf (1478 Milliarden mal 2 2/3 =) rund 3700 Milliarden Mark.

Hellbronn, 19. Nov. Aufhebung der Schutzhaft. Die über den Kommunisten Kollmer verhängte Schutzhaft wurde aufgehoben, desgleichen die Schutzhaft über die Nationalsozialisten Keiner und Hofmann.

Hellbronn, 19. Nov. Ein Mann ohne Kleider. In den hiesigen Weinbergen am Bartberg wurde ein gänzlich unbekleideter Mann angetroffen. Er ist augenscheinlich gestohlenen und wurde deshalb zunächst in Schutzhaft genommen und dem Krankenhaus übergeben. Ueber seine Person ist noch nichts Genaueres bekannt.

Heidenheim, 19. Nov. Siedlungsbau. Hier gibt es 250 Erwerbslose. Um produktive Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ist die Firma S. M. F. H. H. bereit, den Bau von Heimstätten in der Böhmsiedlung zu finanzieren. Die Stadtgemeinde gibt den Bauplan, die Firma das Geld dazu.

Göppingen, 19. Nov. Sturmschäden. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag wütete ein heftiger Sturm, der alles, was nicht fest und geschützt war, forttrieb oder niederwarf. In den Wäldungen büßte der Schaden beträchtlich ein, aber auch viele Privathäuser in der Stadt wurden besonders an den Dächern beschädigt und Telefon- und Lichtleitungen zerstört.

Leinfelden, 19. Nov. Grauenvolle Tat. In dem Ort Schloß Zell hat der Hauptlehrer Pfender, gegen den ein gerichtliches Verfahren schwebt, seine 30jährige Frau mit der Art erschlagen und das 6 Jahre alte Söhnchen schwer verletzt. Pfender ist flüchtig.

Tübingen, 19. Nov. Rätselhafter Tod. In Richtenküll starb die Ehefrau des Buchbinders R. plötzlich. Nach der Beerdigung wurde der Chemiker verhaftet.

Ulm, 19. Nov. Ueberfahren. Der Fabrikleiter Ost Rempter aus Stuttgart stieg hier verheerend in einen fahrenden Zug ein. Er wollte während der Fahrt herauspringen, geriet aber unter die Räder und wurde getötet.

Vöhringen, 19. Nov. Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag wurden bei Kaufmann Augler (Firma Ferd. Kraut) Stoffe und Kleider im Wert von über 400 Millionen Mark gestohlen. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den Schneidergesellen Franzen in der Vorstadt Bergeshausen, der ebenfalls verhaftet wurde und ein Geständnis ablegte. Der eigenliche Täter, der 22jährige Witt, wurde ebenfalls erwischt; da er floh, wurde auf ihn geschossen und er trug eine schwere Verletzung davon. Das ganze Lager wurde in einem Versteck bei dem Viehtreiber Mayer in der Pfaffgasse gefunden, der ebenfalls verhaftet wurde. Der Raub sollte noch am Sonntag nach Stuttgart gebracht und dort an Hebler verkauft werden.

## Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 20. November 1923.

Vom Arbeitsamt Herrenberg-Ragold. Für das Arbeitsamt Herrenberg, welches die Oberamtsbezirke Herrenberg und Ragold umfaßt, ist nach der Bekanntmachung des Oberamts Herrenberg im Ansehung eines vorläufiger Verwaltungsausschusses zu bilden. Wenn die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen sich nicht auf je einen Vorschlag einigen, — diese Einigung wäre auch für das Zusammenarbeiten im Verwaltungsausschuß sehr zu wünschen — so müssen die Arbeitgebervereinigungen die Zahl der von ihren Mitgliedern im Bezirk des Arbeitsamts beschickten Arbeitnehmer, die Arbeitnehmervereinigungen die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk des Arbeitsamts angeben, da hiernach die Sitze verteilt werden. Für die Bestellung ist die Reihenfolge in den Vorschlagslisten maßgebend. Der vorl. Verwaltungsausschuß hat in erster Linie bei der Aufstellung der Satzung für den öffentlichen Arbeitsnachweis mitzuwirken, auf Grund deren dann binnen 6 Monaten der endgültige Verwaltungsausschuß zu bilden ist. Er hat aber bis dahin auch alle anderen dem Verwaltungsausschuß durch das A.N.W. übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Es empfiehlt sich, von vornherein vorzusehen, daß die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungs-

ausschusses nach Errichtung der Satzung ohne weiteres als Mitglieder des endgültigen bestellt werden können und deshalb schon beim Vorschlag der Beisitzer für den vorläufigen Verwaltungsausschuß darauf bedacht zu sein, daß Männer und Frauen in den Verwaltungsausschuß kommen, die die nötige Zeit und das erforderliche Interesse für den öffentlichen Arbeitsnachweis haben und den bedeutungs- und verantwortungsvollen Aufgaben des Verwaltungsausschusses gewachsen sind. Nach dem A.N.W. hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises fast dieselbe maßgebende Bedeutung wie bei reinen Selbstverwaltungseinrichtungen (Krankenkassen u. dgl.). Er hat bestimmenden Einfluß 1. auf die gesamte Geschäftsführung und entscheidet auf Beschwerden über diese endgültig; 2. auf die Bestellung der wichtigsten Angestellten; die Anstellungsbehörde ist dabei an seine Vorschläge gebunden; 3. auf den Haushalt des öffentlichen Arbeitsnachweises, den er vorzuschlagen hat. Dazu kommen die bedeutsamen Aufgaben, die die Verordnung vom 15. Oktober 1923 (R.G.B. I. S. 984) dem Verwaltungsausschuß auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge zureicht: Die Entscheidung der Beschwerden auf diesem Gebiet und die Bestimmung über die Arbeitsleistungen, von denen die Erwerbslosenunterstützung abhängig zu machen ist, und vor allem die Festsetzung der Beiträge, mit denen sich die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer des Bezirks an der Aufbringung der Mittel für den öffentlichen Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen haben. Wie besonders die zuletzt genannten Aufgaben zeigen, sind die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer auch finanziell stark daran interessiert, daß in den Verwaltungsausschuß Persönlichkeiten kommen, die ein gutes und den Aufwand rechtfertigendes Arbeiten des öffentlichen Arbeitsnachweises gewährleisten.

Die neue Gehalts der Beamtenbezüge. Die neue Gehaltszahl für die Bezüge der Beamten usw. ist für das 3. Novemberviertel 1923 auf 82 000 000 festgesetzt worden (ursprüngliche Gehaltszahl 30 000 000). Für jeden Hundertteil, der auf 18. November werthebenmäßig ausbezahlt wird, ist die Gehaltszahl um eine halbe Million zu kürzen.

Der achtfundigste Arbeitstag ist mit dem Ablauf der Bestimmungen der Demobilisationsverordnung am 17. November ohne gesetzliche Grundlage. Die Reichsregierung wird, wie verkündet, vorläufig keine solche Grundlage durch Rechtsverordnung herbeiführen.

Die neuen Postgebühren. Es sei noch einmal daran erinnert, daß vom 20. November an ein einfacher Brief 20, eine Postkarte 10 und eine Drucksache bis 20 Gramm 4 Milliarden Mark Porto kostet.

- Welche Steuern sind im November zu zahlen?
- Am 1. November:
    - Die Landabgabe (3. Monatsrate).
  - Am 5. November:
    - a) die Betriebssteuer (Arbeitgeberabgabe) für die Zeit vom 21. bis 31. Oktober.
    - b) der Lohnabzug für die Zeit vom 21. bis 31. Oktober.
  - Am 10. November:
    - Die Porenabgabe auf die Umsatzsteuer für Oktober und die entsprechende Abschlagszahlung.
  - Am 15. November:
    - a) die Betriebssteuer für die Zeit v. 1. bis 10. November.
    - b) der Lohnabzug für die Zeit v. 1. bis 10. November.
  - Am 26. November:
    - a) die Betriebssteuer für die Zeit v. 11. bis 20. November.
    - b) der Lohnabzug für die Zeit v. 11. bis 20. November.
- Sonders zu beachten ist, daß die Termine einzuhalten sind. Im Fall des Verzugs, sofern nicht eine Schonfrist besteht, werden die Beträge aufgewertet.

### Sport

- Bezirksliga
- Einstadtler Sportklub — F.F. Freiburg in Freiburg 3:0.
  - Sp.V. Feuerbach — F.F. Pforzheim 1:2.
  - F.F. Röhrling — F.V. Röhrling 0:1.
- Kreisligaspiele
- Gmünder Normanna — Pfell Waldsberg 1:2.
  - Eintracht — F.V. Juffenhausen 0:1.

Sp. Vög. Cannstatt — F.F. Stuttgart 0:8.  
 Sp.V. Öppingen — F.F. Stuttgart 2:0.  
 Sp.V. Neulingen — Sp. Vög. Prag Stuttgart 2:1.  
 T. S. Ulm — Ulmer F.V. 1:1.  
 T. S. Heilbronn — Birkenfeld 0:1.  
 Germania Weidlingen — Union Weidlingen 2:1.  
 T. V. 1890 Pforzheim — F.F. Pforzheim 0:2.  
 F.F. Franconia — Karlsruhe F.V. 0:0.  
 Germania Durlach — F.F. Karlsruhe 2:4.  
 F.F. Röhrling — F.V. Röhrling 0:0.  
 Sp.R. Freiburg — Lahrer F.V. 0:1.

Rugby

V.F. Stuttgart — Rugbygesellschaft Heidelberg 3:0.

**Allelei**

Österreichische Spende. Eine am 11. November in Dessau reich durchgeführte Kirchensammlung für Deutschland ergab 450 Millionen Kronen.

Die Marktgemeinde Brunn am Gebirge (Niederösterreich) hat beschlossen, für die sächsische Stadt Grotisch einen Eisenbahnwagen Lebensmittel zu liefern.

Der Nobelpreis für Chemie wurde dem Prof. Dr. Fritz Pregl an der Grazer Universität (früher in Innsbruck) zuerkannt. Pregl ist nach längerer Zeit wieder der erste Gelehrte, der diesen Preis erhält. Sein Hauptwerk ist die Schöpfung von Methoden zur organischen Mikroanalyse.

## Handelsnachrichten

Dollarkurs am 19. Nov. 2 326 300 000 000 (una.) London 1 Pf. 100 Milliarden, Amsterdam 1 Gulden 2,80, Genf 1 Franken 500 Milliarden.

Der Wert von 1 Billion Mark in Pfennigen am 17. Nov. in Holland 175, Belgien 775, Norwegen 300, Dänemark 262, Schweden 100, Italien 750, London 180, New York 107, Paris 587, Schweiz 182, Spanien 245.

Goldbankenspreis der Reichsbank am 19. Nov. 11 560 500 000 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.

Für Reichsilbermünzen bezahlt die Reichsbank am 19. November den 230millardenfachen Betrag des Nennwertes. Silber 2,5, Gold 2,5, Feinsilber 60-80 d. M., Silber 1000 feinst in Marken 55-70.

Devisenkurs (In Millionen)

	17. November	19. November
Berlin	100	100
Holland	947625	852975
Belgien	115710	113290
Norwegen	303090	364910
Dänemark	429225	431075
Schweden	664335	667665
Italien	67830	68170
London	10072500	11027500
New York	2513700	2525300
Paris	137055	139345
Schweiz	442390	445110
Spanien	327190	328920
D.-Osterr.	35,91	35,91
Drog.	73915	74185
Argentin.	140 625	140 375
Sri Lanka	897750	902260
Japan	1208970	1215030

Reichsbankbilanz 2520 ohne Aufstellung.

Markzahlen

	1. Geldmarkt	Zirkulation	Reserve	Summe
1. Geldmarkt	601 500 000 000	600 000 000 000	600 000 000 000	1 801 500 000 000
2. Zirkulation	600 000 000 000	600 000 000 000	600 000 000 000	1 800 000 000 000
3. Reserve	600 000 000 000	600 000 000 000	600 000 000 000	1 800 000 000 000

Lebenshaltungskosten (13. November): 218 Milliardenfache.

## Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Lewin Schücking.

„Sieh“, fuhr er fort, „wir hatten beide ein Interesse daran, uns Benedicentius zu entledigen, so aus dem väterlichen Hause zu entfernen. Wir hatten sie meinem Vetter Grand verlobt, den ihre Persönlichkeit anzog, und mehr noch ihre Hoffnungen auf das ganze Erbe ihres Vaters, da ich Grand nicht vorzuziehen hatte, daß Leopold mein Sohn sei und daß ich zu rechter Zeit und Stunde schon dafür sorgen würde, daß er auf das Erbe Vollrecht seine Ansprüche machen werde. Damit zeigte ich Grand zufrieden, bis er wirklich meines Vaters Einwilligung erhalten und sich als Brautgänger Benedicentius betrachtete. Nun aber begann er, von mir schriftliche Erklärungen zu verlangen, daß Leopold einst auf alles verzichten werde, Bürgschaften von mir, notarielle Akte darüber, was wohl ich alles, letzter Dinge, die mich schmachlich kompromittieren konnten und mich gänzlich in Grands Hände gegeben haben würden. Denn wie stand mir für den Gebrauch gut, den Grand damit machen würde, wenn er einmal wirklich meines Vaters Schwiegersohn war? Ich ward endlich dieses ganzen Streites und dieser beständigen Sorgen überdrüssig und sagte ihm: So machen wir ein gründliches Ende, und wenn nichts anderes deine Augen, daß dieses Kind dich um das Vermögen Benedicentius bringen wird, beschwindigen kann, so nimm den Kraben, nimm ihn, ich ihn verschwinden, bring ihn in unsere Heimat, in die Bretagne, und lasse dort für ihn, bis ich komme, mich meines Kindes annehmen; mir ist ja auch der Gedanke unerträglich, daß er hier bleibt und als dieses alten Schöffen, dieses armen betrogenen Mannes Erbe betrachtet wird — und, um aufrichtig zu sein, Marcelline, um dir alles zu erzählen, ich sah ja ein, daß mein Willens nicht für immer hier sein könnte, ich sah bei meinem Charakter die Stürme voraus, die wir jetzt und heute richtig erlebt haben; es war mir willkommen, Leopold

in die Heimat vorauszuwenden zu können, nicht allein um mir das Kind zu liefern, sondern dadurch auch ein unheilbares Mittel zu haben, dich zu zwingen.“

Marcelline machte ein abwehrnde Bewegung mit der Hand. „Es ist einschlich!“ sagte sie leise, sich aufrichtend, die Hände im Schoße haltend und den Boden anstarrend.

Er fuhr fort: „Am Anfang d'Grand vor dieser Idee zurück. Er fürchtete die gerichtlichen Verfolgungen nach einer solchen Tat, die Gesetze des Evidenzrechens bei der Ausführung, und auch die Last, welche ihm ein so kleiner Knabe, wenn er für ihn sorgen müsse, machen werde. Ueber dies alles wußt ich ihn zu beruhigen. Ich sprach auch an eine ältere Verwandte in der Bretagne, die mir bereitwillig antwortete: sie wolle die Sorge für mein Kind, wenn es ihr gebracht werde, gern übernehmen. Und als Grand sich endlich im Vertrauen mit einem Rechtsgelehrten besprach und von diesem vernommen hatte, daß alle schriftlichen Erklärungen und Bürgschaften von mir den kleinen Leopold, der nun einmal Vollrecht besaß und als Vollrecht im Hause habe, nicht um seine Erbrechte bringen könnten — da fand auch er mein Auskunftsmodell als das einzige, das uns energisch und gründlich helfe, und erklärte sich bereit, Leopold nach Frankreich zu meiner alten Verwandten in der Bretagne zu bringen. Und so warteten wir denn einige Zeit ab und warteten aus, in einer Nacht, wenige Tage vor dem, an welchem Grands Urlaub abgelaufen war und er abreisen mußte.“

Die Ausführung war so leicht — ich selber holte das Kind aus der Kammer seiner schlafenden Wärsiterin und brachte es die Hintertreppe hinab, auf die Straße hinaus, wo Grand es mir abnahm. Er nahm es zarter, besser, Marcelline, wie ging damit zum Galluatore, wo er es seinen Dienste übergab, der das Kind bis zu einem Herrn Lehouas Mainz brachte, wo er auf Grand warten sollte. Dieser lehnte in sein Kissen auf. „Was am meisten Reizen geschah, wußt du. Geduldig, brav“

nach vor dessen Abreise endlich ihr bestimmtes Kommen zu geben, hätte sich Benedicte entschlossen, in dieser selben Nacht das Vaterhaus zu verlassen und sich vor der Verbindung, die sie eingegangen sollte, durch die Flucht zu retten. Sie war verschwunden, ein Brief, den sie auf ihrem Tische zurückgelassen, war dem Mann gebracht worden, und zugleich durch seine Hände die Wärsiterin des Kindes das Haus; das Kind war verschwunden. Wer anders konnte es gebracht haben, geraubt, um sich zu rächen, geraubt vielleicht, um es verschwunden zu machen und so wieder die unbeschnittene Erbin zu werden, als Benedicte? Ein Zweifel an ihrer Schuld stieg in keines Menschen Seele auf, und ich, sollte ich sie rechtfertigen? Wahrhaftig, es war mir nicht zugunsten. Mir konnte diese Deutung nur willkommen sein. Was, das mußte ich mich fragen, fand in dem Briefe, den sie ihrem Vater hinterlassen? Eine Erklärung ihres Schrittes, Klagen über die Gewalt, welche man ihrem freien Willen antun wollte — das gewiß! Aber nicht auch mehr? Mühte sie sich nicht auch an uns, indem sie uns anklagte, indem sie dem Mann das Geheimnis unserer Liebe verrät, indem sie ihm alles entdeckte, was sie beobachtet, durchschaut hatte? Das war aber voranzusetzen und ich zweifelte keinen Augenblick daran. Und was kam nunmehr im richtigen Moment, was entscheidend uns zu Hilfe als dieser Verdacht, diese Hebergewinnung von der nichtswürdigen Handlung Benedicentius? Dein Mann lebte, es mochte nun in dem Briefe stehen, was du wollte, nicht dem verblichenen Gewicht auf die Anklage Benedicentius über ihre Schwelgere mehr legen, die Anklage eines Schwunders, das ist zu verhehlen süß!“

„Nein, gewiß, es war; politisch, sehr edel, daß du (benenne) und auch mich in den Wahne liebst“, sagte Marcelline bitter und zum Duzignot anzusehen.

„Wie! diese Waunde, diese Grands, der mich so betrogen!“ sprach Duzignot ungenüßig zwischen den Zähnen. „Es ist mir verwaschen.“

(Fortsetzung folgt)

